

Aktuelles aus der Metall- und Elektroindustrie
in Berlin und Brandenburg



Rettung naht: Angesichts der Strukturkrise und des politischen Umbruchs hofft die Wirtschaft auf echte Fortschritte beim Abbau von Regeln und Vorschriften. Doch schon Max Weber, auf den die Theorie der Bürokratie zurückgeht, wusste, dass Politik das Bohren dicker Bretter bedeutet.

Jetzt geht's los

Nichts nervt Unternehmen so sehr wie die Flut von Regeln und Gesetzen. Nach der Wahl könnte der Bürokratieabbau endlich Fahrt aufnehmen

Der Rauch des Bundestagswahlkampfes hat sich verzogen, jetzt geht es an die Sachthemen. Für die Wirtschaft ist das Thema Bürokratieabbau einer der wichtigsten Punkte für die neue Regierung. Vor der Wahl haben alle Parteien versprochen, zu handeln. Auch die Bundesländer und die EU sind entschlossen, gegen Papierkram und Amtsschimmel vorzugehen. „Wir brauchen konsequente und nachhaltige Schritte, die die Unternehmen endlich spürbar entlasten“, fordert VME-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp.

Von allen negativen Standortfaktoren ist die Bürokratie der unbeliebteste, wie Gesamtmetall in einer Umfrage unter fast 1.800 M+E-Betrieben ermittelt hat. 84 Prozent setzten das Thema auf Platz eins, noch vor hohen Arbeitskosten und teurer Energie. Der Aufwand durch neue Gesetze und Regelungen steigt unablässig. Eine Ifo-Studie beziffert ihn auf 65 Milliarden Euro.

Die bisherigen Anläufe zum Abbau waren im Chaos des Ampel-Endes versackt. 2023 hatten 57 Verbände 443 Vorschläge zum Bürokratieabbau vorgelegt. Zur Umsetzung kam es bei den meisten Punkten nicht mehr. Union und SPD, die nun alleine für die Regierungsbildung in Frage kommen, haben sich den Bürokratieabbau auf die Fahnen geschrieben.

Die Union hat in ihrem Wahlprogramm angekündigt, das Prinzip „one in, one out“ zu verschärfen, wonach für jede neue Belastung eine bestehende zu streichen ist. „One in, two out“ soll es nun heißen. Die SPD gelobt ebenfalls, Bürokratie zu kappen. Für Arbeitnehmerrechte oder Öko-Standards soll das aber nicht gelten. Das Lieferkettengesetz soll nach dem Willen der Union ersatzlos wegfallen. Die SPD will es behalten und „bürokratieärmer“ machen. Zudem soll es Dokumentationspflichten an den Kragen gehen. CDU und CSU streben danach, das „Gold-Plating“ abzuschaffen – also das Prinzip, Regeln und Vorgaben der EU in deutschen Gesetzen überzuerfüllen.

Dem unabhängigen Normenkontrollrat des Bundes gehen die Pläne der Parteien trotzdem nicht weit genug. Es brauche messbare Abbauziele. Denkbar sei die Vorgabe, die Bürokratiekosten um 25 Prozent binnen vier Jahren zu senken, heißt es in einem neuen Papier. Auf einem Online-Portal solle der Staat zudem Ideen der Bürger zum Bürokratieabbau sammeln.

Die meisten Gesetze und Regeln kommen indes aus Brüssel. Die EU-Kommission bekennt nun, ihre schon sprichwörtliche Bürokratie beschneiden zu wollen. Um 25 Prozent sollen die Verwaltungs- und Meldeauflagen für alle Unternehmen sinken, für Mittelständler sogar um 35 Prozent. Zudem soll das Lieferkettengesetz deutlich entschärft werden, der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus vereinfacht.

Die Länder wollen nicht nachstehen, wenn es der Bürokratie an den Kragen geht. Im Brandenburger Landtag hat die SPD-BSW-Koalition einen Sonderausschuss eingerichtet, der Vorschläge für Vereinfachungen machen soll. Weiteres fordert Landeschef Dietmar Woidke von den Ministerien: Informations- und Nachweispflichten sollen begrenzt werden, Anträge und Genehmigungen zügiger vorliegen. Für neue Gesetze ist ein Bürokratiecheck geplant. Bereits im Sommer 2024 hat der VME dem Land einen Katalog an Entlastungsvorschlägen übermittelt. „Wir gehen davon aus, dass diese Ideen weiterhin auf dem Tisch liegen“, sagt Hauptgeschäftsführer Schirp. Berlin arbeitet derweil an seiner Verwaltungsreform. Allerdings wird sie das Verhältnis zwischen Land und Bezirken neu regeln, Firmen und Bürger stehen nicht im Fokus.

Wichtig ist, beim Bürokratieabbau in die Geschichte zu blicken. Schon der französische Staatsrechtler Charles de Montesquieu wusste: „Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen.“ Erstaunlich: Diese Erkenntnis hatte er bereits Anfang des 19. Jahrhunderts.

Nicht nur der Standort steht auf dem Spiel



Alexander Schirp
VME-Hauptgeschäftsführer

Deutschlands wichtigster Wirtschaftszweig steckt seit sieben Quartalen in der Rezession. Die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie melden eine miserable Auslastung und eine schlechte Auftragslage, seit elf Monaten in Folge bauen die Unternehmen Personal ab. Die Situation zum Auftakt der Regierungsbildung im Bund könnte kaum schwieriger sein. Und doch steckt in der Krise auch eine Chance.

Die Politik kann nun zeigen, dass sie den Ernst der Lage erkannt hat und gewillt ist, die Standortbedingungen endlich zu verbessern. Die To-do-Liste der Wirtschaft dafür liegt längst auf dem Tisch: Bürokratie abbauen, Steuern und Abgaben reduzieren, Energiepreise stabilisieren und senken, Infrastruktur sanieren und ausbauen, Digitalisierung voranbringen. Bei der Bildung ist ebenfalls viel zu tun. Hinzu kommt die Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit angesichts der enormen Umbrüche in der Geopolitik. Schließlich sind Sicherheit und dauerhafter Frieden die Grundlage von allem.

Das ist kein schmales Programm und erfordert seitens der Politik viel Energie und auch den Mut zu unbequemen Entscheidungen. Doch nur auf diesem Weg kann es gelingen, den Abwärtstrend im Verarbeitenden Gewerbe und in der Wirtschaft insgesamt zu stoppen. So werden Jobs gesichert, und der Staat und die Sozialsysteme bekommen wieder den nötigen Handlungsspielraum.

Mehr noch: Ein ehrgeiziges Reformpaket würde auch das Vertrauen stärken, dass Parlamente und Regierungen in der Lage sind, Probleme zu lösen und das Leben der Bürgerinnen und Bürger besser zu machen. Angesichts des Erstarkens radikaler Kräfte bei der Bundestagswahl wäre mit einem solchen Signal viel für die Demokratie gewonnen.

Auf der Zinne	Seite 2
Warum die Metall- und Elektrounternehmen mit dem Standort unzufrieden sind	
Auf der Straße	Seite 2
Beim Wirtschaftswarntag haben Vertreter von Firmen und Verbänden für bessere Gesetze demonstriert	
Auf zu neuen Ufern	Seite 3
Wie Unternehmen aus der Region der Krise trotzen	
Auf den Punkt	Seite 3
Gesichter des VME: Jana Frost, Juristin und Brückenbauerin in der Geschäftsstelle Cottbus	
Auf dem Weg	Seite 4
Wie bei Ardelt Kranbau der Neuanfang gelingt	

M+E-Betriebe beklagen miserable Standortbedingungen

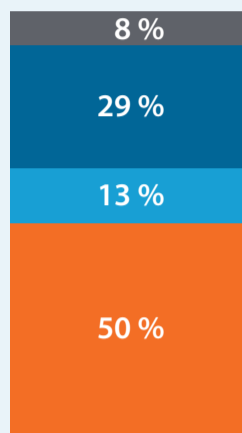
Umfrage: Industrie sieht sich in handfester Krise und verlangt Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit

Jedes zweite Unternehmen kürzt Investitionen im Inland

Investitionspläne in Deutschland

- Noch nicht absehbar
- Gleichbleibend
- Höhere Investitionen
- Weniger Investitionen

Frage: Wie sind Ihre Investitionspläne für Ihr Unternehmen/Ihre Betriebsstätte in Deutschland für 2025 im Vergleich zu den Vorjahren?



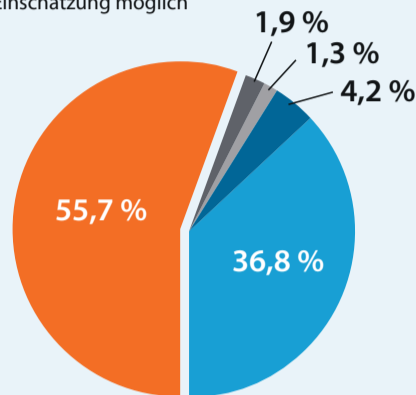
Quelle: Gesamtmetall-Umfrage, N = 1.785

Für den Standort ist es „fünf vor zwölf“

Entwicklung der Standortbedingungen in den letzten zehn Jahren

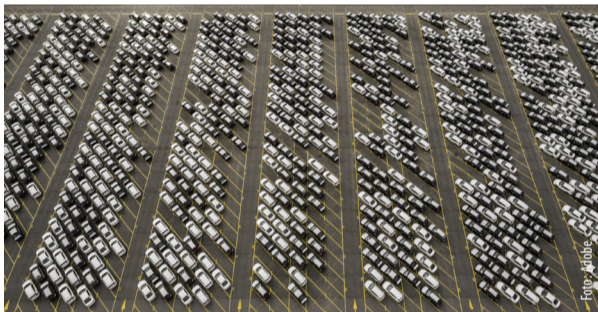
- Deutlich verschlechtert
- Verschlechtert
- Gleichgeblieben
- Verbessert
- Keine Einschätzung möglich

Frage: Wie bewerten Sie die Standortbedingungen in Deutschland im Vergleich zur Situation vor zehn Jahren?



Quelle: Gesamtmetall-Umfrage, N = 1.785

Heimat adieu: Viele Firmen können sich aktuell nicht vorstellen, neue Investitionen in der Bundesrepublik zu tätigen. Sie begründen das mit zu viel Bürokratie, mit teurer Arbeit und mit Ärger über den Kurs in der Wirtschaftspolitik.



Im Wandel: Vor allem die Automotive-Industrie klagt über Probleme. Schwache Nachfrage und die Transformation machen ihr das Leben schwer.

Die Metall- und Elektroindustrie hält die Investitionsbedingungen in Deutschland für miserabel. Laut einer bundesweiten Umfrage des Dachverbands Gesamtmetall unter den Mitgliedsunternehmen der M+E-Arbeitgeberverbände haben sich für 93 Prozent aller Unternehmen die Standortbedingungen in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert. Der VME ist einer der 13 Mitgliedsverbände von Gesamtmetall.

Ob Bürokratie, Arbeitskosten, Planungssicherheit, Energiepreise oder Digitalisierung – die Unzufriedenheit in der Branche mit den einzelnen Standortkrite-

rien ist groß. Kein einziger Aspekt wird mittlerweile von den Firmen mehr positiv gesehen. Die Investitionspläne in der M+E-Industrie sind entsprechend alarmierend: Jedes zweite Unternehmen will seine Investitionen in Deutschland weiter reduzieren. Fast die Hälfte der Firmen mit dieser Absicht plant, das Investitionsbudget um mehr als 30 Prozent zusammenzuziehen. Im Gegenzug wollen gut 30 Prozent der Firmen ihre Investitionen im Ausland erhöhen.

Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Oliver Zander ist angesichts der Angaben aus der Branche alarmiert: „Das Ergebnis der Umfrage ist eine Generalabrechnung mit der Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre. Alles politische Handeln muss schnellstmöglich und konsequent darauf gerichtet werden, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, um den Standort zu retten“, befand er bei der Vorstellung der Erhebung.

Die Metall- und Elektroindustrie gilt als die Schlüsselbranche der deutschen Industrie. Knapp vier Millionen Menschen sind bundesweit für sie tätig. Aktuell steckt sie allerdings in der längsten Rezession seit der deutschen Wiedervereinigung.

Mehr als die Hälfte der Unternehmen (53 Prozent) stuft die Lage aktuell als schlecht ein. Nur 6 Prozent erwarten eine Normalisierung noch im laufenden Jahr, weitere 46 Prozent sehen diese Entwicklung für das kommende Jahr. Für 48 Prozent ist eine Verbesserung derzeit gar nicht absehbar. In Berlin und Brandenburg ist diese Zahl sogar noch höher als im bundesweiten Durchschnitt: 55 Prozent der befragten Firmen gaben an, kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Vor allem die Autobranche sieht sich in schwierigen Zeiten.

Das hat Folgen für die Beschäftigung in der Branche: Fast die Hälfte der Unternehmen plant nach eigenen Angaben einen Personalabbau. Dagegen will nur jeder achte Betrieb zusätzliches Personal einstellen. Und fast jedes dritte Unternehmen baut Arbeitsplätze im Ausland statt in Deutschland auf.

Es ist aber noch nicht alles zu spät für den Standort Deutschland. Laut einer großen Mehrheit von fast 80 Prozent der befragten Unternehmen kann der Abbau der Industrie noch gestoppt werden. Dazu müsste die Politik allerdings die Rahmenbedingungen grundlegend und umgehend verbessern. „Es ist fünf vor zwölf für den Standort. Aus Sicht nicht weniger Unternehmen sogar bereits fünf nach zwölf“, sagte Zander weiter. „Wir brauchen eine sofortige und grundlegende Wirtschaftswende: Sozialabgaben, Bürokratie, Energiekosten, Steuern und Bildung müssen sofort angegangen werden. Die Unternehmen brauchen jetzt ein glaubwürdiges Zeichen des Aufbruchs. Die neue Bundesregierung muss den Standort retten.“

An der Umfrage haben 1.785 Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie teilgenommen. Alle Ergebnisse finden sich auf der Gesamtmetall-Homepage unter www.gesamtmetall.de/umfrage-standort



Unter Spannung: Viele Unternehmen hadern mit den schwer kalkulierbaren Kosten für Energie und verweisen auf bessere Bedingungen im Ausland.

Wenn die Wirtschaft warnt

Verbände und Firmen rufen auf Demonstrationen nach Reformen

Ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik muss her. Dafür sind jetzt Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Unternehmen auf die Straße gegangen. Beim Wirtschaftswarntag Ende Januar riefen sie bei Kundgebungen in Berlin und in vier anderen großen deutschen Städten zu Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit auf. Sie verlangten niedrigere Steuern und Abgaben, geringere Energiepreise, einen Ausbau der Digitalisierung, mehr Freihandel und weniger Bürokratie. „Viele Unternehmen werfen uns Verbänden vor, dass wir oft zu zaghaft seien mit unserer Kritik an der Politik“, sagte Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf. „Deshalb machen wir das hier und heute.“

Mehrere hundert Demonstrantinnen und Demonstranten hatten sich zum Protest vor dem Brandenburger Tor versammelt. „Wir wollen, dass unsere Mitarbeiter sichere Arbeitsplätze haben“, mahnte Wolf weiter.



Bitte helfen: Hunderte Wirtschaftsvertreter verlangten eine Entlastung der Firmen.

Sirenen, Trillerpfeifen und Sprechchöre bekräftigten seine Worte, Plakate im Großformat säumten den Veranstaltungsort.

Organisiert wurden die Aktionen von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die von der deutschen Metall- und Elektroindustrie getragen wird. Mehr als 140 Wirtschaftsverbände hatten sich den Aktionen angeschlossen, außerdem mehr als 200 Unternehmen aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie veranstalteten außerdem dezentrale Aktionen in verschiedenen Werkshallen und auf Firmengrundstücken. Der Wirtschaftswarntag fand bei Medien im In- und Ausland ein breites Echo. „Wenn es nötig ist, können wir einen solchen Tag auch wiederholen“, sagte INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben mit Blick auf die Politik der nächsten Bundesregierung.

Neues aus Industrie und Digitalwirtschaft



Gut für Görlitz: In Anwesenheit von Bundeskanzler Olaf Scholz und Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer präsentierten Tim Dawidowsky (2.v.l.), Präsident Central & Northern Europe bei Alstom, und Florian Hohenwarter, COO von KNDS, die Vereinbarung zur Übernahme des Standorts Görlitz.

Auf zu neuen Ufern

M+E-Betriebe aus der Region melden umfangreiche Aufträge, Investitionen und Umstrukturierungen

Alstom: Der Schienenfahrzeughersteller überlässt dem Rüstungsunternehmen KNDS Deutschland seinen Standort Görlitz (Sachsen) mit 350 bis 400 der aktuell rund 700 Beschäftigten. Bis zu 75 weitere Mitarbeitende erhalten eine Berufsperspektive an verschiedenen KNDS-Standorten. Zusätzlich wird Alstom 100 Mitarbeitenden Jobs an anderen Standorten anbieten. Alstom und KNDS werden somit rund 580 der 700 Mitarbeitenden weiterbeschäftigen. Arbeitnehmern, auf die das nicht zutrifft, will Alstom eine faire und sozialverträgliche Lösung anbieten. KNDS möchte in Görlitz verschiedene Baugruppen für den Kampfpanzer Leopard 2 und den Schützenpanzer Puma sowie Module für verschiedene Varianten des Radpanzers Boxer produzieren. Tim Dawidowsky, Präsident Central & Northern Europe bei Alstom, sieht für einen Großteil der Belegschaft „eine sehr gute Zukunft bei KNDS“.

Siemens Mobility: Der Mobilitätsdienstleister und die Leonhard Weiss Bauunternehmung haben als Konsortium signifikante Anteile am ersten Volumenvertrag der Deutschen Bahn (DB) gewonnen. Die Partner

sicherten sich Aufträge im Umfang von 2,8 Milliarden Euro bei einem Gesamtvolumen von 6,3 Milliarden Euro. Der Abschluss dieses Volumenvertrags ist in Deutschland bislang einzigartig. Er sichert über eine Liefer- und Abnahmeverpflichtung den Aufbau von Kapazitäten für neue digitale Signaltechnik.

„Wir sind stolz, gemeinsam mit unserem Partner Leonhard Weiss einen bedeutenden Anteil am Volumenvertrag der Deutschen Bahn gewonnen zu haben“, erklärte Michael Peter, CEO von Siemens Mobility, und bezeichnete das neue Vergabemodell als Paradigmenwechsel. Denn anstelle vieler Einzelverträge wird nun ein langfristiger Volumenvertrag umgesetzt. Die Vertragspartner realisieren dabei ein definiertes Auftragsvolumen für den Bahnkonzern. Im Gegenzug hat die DB verbindliche Abrufmengen zugesagt. Die Industrie entwickelt nun Plattformlösungen mit Standardschnittstellen und baut die erforderlichen Ressourcen auf. Das wird Beauftragung, Planung, Bau und Inbetriebnahme deutlich verkürzen. Der Volumenvertrag gilt somit als wegweisend für die Zukunft der Bahnmodernisierung in Deutschland.

MAN Energy Solutions: Der Energietechnik-Spezialist liefert Europas größte Flusswasser-Wärmepumpe für ein Heizkraftwerk des Versorgers RheinEnergie in Köln-Niehl. Die geplante 150-Megawatt-Anlage nutzt Wasser aus dem Rhein zur Wärmeerzeugung. Sie wird ab 2027 rund 50.000 Haushalte mit klimaneutraler Fernwärme versorgen und jährlich rund 100.000 Tonnen Kohlendioxid einsparen. Kernelement sind drei Getriebekompressoren, die MAN Energy Solutions in den Werken Berlin und Oberhausen fertigt und testet. Das Investitionsvolumen des Großprojekts beläuft sich auf rund 280 Millionen Euro.

Assa Abloy: Die Experten für Sicherheitstechnik haben mit der Uhlmann & Zacher GmbH aus Waldbüttelbrunn bei Würzburg einen anerkannten Hersteller elektronischer Schließsysteme übernommen. Mit der Transaktion will Assa Abloy seine führende Position als Anbieter von Schließlösungen und Sicherheitssystemen rund um die Tür stärken. Uhlmann & Zacher wird künftig als eigenständiger Geschäftsbereich unter dem bestehenden Managementteam und mit den Mitarbeitenden tätig sein, denen das Unternehmen seinen heutigen Erfolg verdankt. Für die über 110 Mitarbeitenden hat die Übernahme keine Auswirkungen, da der Standort in Waldbüttelbrunn unverändert bleibt.

BMW Group: Der Konzern hat seine Berliner Niederlassung modernisiert und sie Anfang Februar 2025 neu eröffnet. Ziel der Transformation war es, den Kundinnen und Kunden neue Standards in der Kombination aus physischem Käuferlebnis und digitalen Services anzubieten. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) lobte: „Mit hohen Investitionen hat das Unternehmen die Niederlassung in Charlottenburg modernisiert und Arbeitsplätze in Berlin gesichert. Auch das BMW Motorradwerk Spandau ist für uns ein wichtiger industrieller Arbeitgeber, dessen Produkte rund um die Welt für das ‚Made in Berlin‘ stehen. Die Zukunft der Mobilität hängt von Unternehmen wie BMW ab.“



Bekennnis zu Berlin: Niederlassungsleiterin Nina Englert und Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner öffnen die Tore für völlig neue Kundenerlebnisse.

Unsere Frau fürs Recht

Gesichter des VME: Jana Frost berät VME-Mitglieder in den Bezirken Cottbus und Frankfurt (Oder)

Seit Januar 2024 stellt Jana Frost ihre umfassende Erfahrung den Mitgliedsunternehmen des VME in den Bezirken Cottbus und Frankfurt (Oder) zur Verfügung. Die gebürtige Cottbuserin kommt von der IHK Cottbus, wo sich die Juristin von 2001 bis 2023 um alle Facetten der Fachkräftesicherung, der Unternehmenssanierung sowie des Arbeits-, Vertrags-, Gesellschafts- und Ausländerrechts gekümmert hatte. Zuvor hatte sie ihren Pioniergeist bewiesen, als sie ihr Jurastudium 1991 im ersten Jahrgang der neu gegründeten Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) aufnahm und erfolgreich abschloss.

Heute arbeitet Jana Frost mit einem klaren arbeitsrechtlichen Schwerpunkt für die VME-Mitglieder. Die Rechtssachen, die sie betreut, drehen sich aktuell in erster Linie



Verteidigt Firmen: Jana Frost will Flexibilität im Arbeitsrecht.

um krankheitsbedingte Ausfälle von Mitarbeitenden. Auch betriebsbedingte Kündigungen infolge der schwierigen konjunkturellen Lage in vielen Branchen sind ihr Thema. Wer das unternehmerische Risiko trägt, muss die Entscheidungshoheit behalten, ist sie überzeugt.

Jana Frost bezeichnet sich als „Beziehungsmensch“. Sie legt großen Wert darauf, gute Beziehungen zu Mitgliedsunternehmen, Richtern oder Kollegen zu pflegen. „Die Fähigkeit, Beziehungen aufzubauen und über einen langen Zeitraum zu pflegen, halte ich für die Fähigkeit, auf die wir am meisten achten müssen“, unterstreicht sie. „Ich bin keine Krawall-Trulla. Wenn es gelingt, Streitigkeiten durch Beratung im Vorfeld zu vermeiden, ist das für mich ein Erfolg“, findet sie. Manchmal seien Auseinandersetzungen sehr zäh. Wenn dann doch ein Vergleich gelinge, gehe sie abends mit einem guten Gefühl nach Hause.

Jana Frost ist „mit Leib und Seele“ Lausitzerin. Sie liebt alle Arten von Wassersport, wofür die zahlreichen Gewässer im Lausitzer Seenland beinahe unendliche Möglichkeiten bieten. Auch ihr großer Garten und das darin lebende Bienenvolk halten die Hobby-Imkerin auf Trab.

Die Welt am Haken

Kräne von Ardelit halten seit Jahrzehnten den Welthandel in Schwung. Trotzdem stand das Unternehmen vor dem Ende. Jetzt wagt es den Neubeginn



Gewichtheber: Mehr als 100 Tonnen können Kräne von Ardelit an den Haken oder auf die Schippe nehmen. Sie werden beim Umschlag von einzelnen Lasten und von Schüttgut eingesetzt. XXL-Ausführungen kommen auf eine Höhe von mehr als hundert Metern.

Fast wäre alles aus gewesen. Nachdem Russland im Frühjahr 2022 die Ukraine überfallen hatte und daraufhin die Stahlpreise nach oben schossen, wurde es eng für Kocks Ardelit Kranbau. Zwar hatte das Unternehmen aus Eberswalde als Lieferant von Logistik-Kranen weltweit einen hervorragenden Ruf und einen Auftragsbestand von fast 150 Millionen Euro. Doch ohne Stahl lässt sich kein Kran bauen, und die Beschaffungskosten dafür gingen plötzlich durch die Decke. „Es gab keinen Ausweg“, erinnert sich Uwe Grünhagen, damals der Geschäftsführer des Unternehmens. „Es blieb nur die Insolvenz.“

Geschäftsführer ist er heute wieder – der Betrieb trägt aber einen anderen Namen: Ardelit Kranbau. Und anders als 2022 ist Grünhagen nicht mehr Angestellter, sondern Besitzer. „Der Insolvenzverwalter wollte den Betrieb nicht fortführen, ein Investor hat sich aber nicht gefunden“, sagt der 62-Jährige. „Da habe ich es gemacht.“ Sein Management-Buyout ermöglichte der Firma einen Neubeginn. „Mein Lebensplan hat eigentlich anders ausgesehen.“

Die lange und wechselvolle Geschichte des Kranbaus in Eberswalde kann damit weitergehen. Seit 1902 kommen Krane von hier. Sie nehmen alles an den Haken oder auf die Schippe, was im Welthandel eine Rolle spielt: Container mit iPhones aus China, Kakao-Bohnen aus Costa Rica, Kohle aus Australien, Holzpellets aus Schweden und vieles mehr. Die Giganten sind unverzichtbar im Warenaustausch per Schiff, auch bei der Eisenbahn, auf Werften oder in Stahlwerken. Ardelit-Kräne finden sich heute überall auf dem Globus – in Frankreich, Lettland, Norwegen, Aserbaidschan, Bahrain, den USA, Sri Lanka, Chile, Marokko und in vielen anderen Ländern. Auch das Service-Geschäft ist für Ardelit ein wichtiges Standbein.

Einst arbeiteten in Eberswalde mehr als 3.000 Menschen, als der Betrieb noch VEB Kranbau hieß. Später gehörte er zeitweise zur Bremer Vulkan-Gruppe, nach deren Pleite in den Neunzigerjahren kamen andere

Besitzer. Zum Zeitpunkt der Insolvenz im Jahr 2022 zählte die Belegschaft noch gut 160 Leute. Heute sind wieder mehr als 60 Menschen an Bord, Tendenz steigend. „Wir stellen ein und suchen Fachkräfte ebenso wie Auszubildende“, sagt Grünhagen. Möglich machte den Neustart ein Auftrag aus Bremen im Wert von 13 Millionen Euro. Der bestellte Kran entsteht gerade, im Oktober soll er zum Kunden kommen und dort aufgebaut werden. „Der Markt ist noch immer groß, wir können aktuell die Nachfrage aus aller Welt aber



Plötzlich Unternehmer: Uwe Grünhagen hat den Kranbau in Eberswalde gerettet.

nur unter Berücksichtigung der Working-Capital-Finanzierung und der eigenen Kapazitäten bedienen“, berichtet Grünhagen.

Die Kräne aus Eberswalde sind weltweit begehrt, weil sie etwas Besonderes sind. Sie arbeiten nach dem patentierten Doppellenker-Prinzip. Das bedeutet, dass der Haken und die Last dank der Konstruktion immer auf einer Höhe bleiben, auch wenn der Ausleger ausgefahren wird. Das sorgt für mehr Stabilität und Sicherheit der Güter beim Verladen.

Ein komplett aufgebauter Kran ist in Eberswalde allerdings nie zu sehen, nur die wichtigsten Komponenten. „Wir fertigen hier alles, was technisch anspruchsvoll ist, also die Maschinenhaus-Plattform mit Drehwerk, die Steuerung, den Antrieb, das Hubwerk und das Wippwerk“, erzählt Grünhagen. Die Elektromotoren, Transformatoren und Maschinenbaukomponenten kauft Ardelit bei Zulieferern ein. Einfachere Stahlbauteile lässt man in der Nähe fertigen. In Stettin werden die Komponenten dann auf Schiffe verladen. „Erst im Zielhafen werden alle Teile zusammengesetzt und der Kran in Betrieb genommen.“ Von der Bestellung eines Krans bis zur letzten Schraube der Endmontage vergehen etwa 18 Monate.

Bei einem Kran geht es heute um mehr als nur um Stahl und Seile. Der Führerstand gleicht einem Flugzeugcockpit, viele Sensoren melden dem Kranführer die aktuelle Lage von Maschine und Ladung. Die Betriebsdaten können aus der Ferne überwacht werden. Natürlich spielen auch Betriebskosten und Effizienz eine wichtige Rolle. Beim Absenken der Ladung wird Energie ins Stromnetz zurückgespeist.

Grünhagen ist mit der Entwicklung seines Unternehmens rundum zufrieden. „Wir sind auf einem guten Weg. In ein bis zwei Jahren wollen wir zu alter Stärke zurückgefunden haben“, plant er. Eines hat sich aber grundlegend geändert: Von unerwartet steigenden Kosten will er sich nicht noch einmal aushebeln lassen. „Festpreise sind weitestgehend passé – die Welt ist einfach zu volatil geworden“, sagt er bestimmt. „Dafür müssen die Kunden jetzt Verständnis haben.“

Termine

05./06. Mai: Mit der Automotive Masterminds 2025 startet eine „disruptive Automobil-Fachkonferenz und Ausstellung“ in Berlin.

14. Mai: Gesamtmetall veranstaltet den Tag der M+E-Industrie 2025 unter dem Motto „Neustart Deutschland – Wie die Wirtschaftswende gelingt“.

11. Juni: VME-Mitgliederversammlung

19. Juni: 75-Jahrfeier des VME

Impressum

Herausgeber:

Verband der Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg e.V.
Am Schillertheater 2 · 10625 Berlin
Telefon: 030 31005-0 · Telefax: 030 31005-160
E-Mail: vme@vme-net.de · Internet: www.vme-net.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Carsten Brönstrup

Text und Redaktion:
Carsten Brönstrup, Oliver Panne

Gestaltung und Produktion:
IW Medien, Köln · Berlin

Druck:
Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Verband der Metall- und
Elektroindustrie Berlin-Brandenburg

